

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 10/007/2018

Kreistag am 22.03.2018

**Zu Punkt 12.2: Aufnahme der Bundeswehr in das Kooperationsnetz Schule - Wirtschaft (KSW)
hier: Prüfauftrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 15.03.2018**

KA Längen erläutert den Antrag sowie dessen Hintergründe ausführlich. Neben den verschiedenen Karrieremöglichkeiten bei der Bundeswehr geht er dabei auch auf die grundsätzlichen Aufgaben und Funktionen der Bundeswehr ein.

KA Dr. Pannes sieht die Aufnahme der Bundeswehr in das „Kooperationsnetz Schule – Wirtschaft (KSW)“ skeptisch, da die Bundeswehr ihrer Auffassung nach nicht zur Zielgruppe Wirtschaft gehöre und eine Einbindung in das KSW über eine reine Information über die Bundeswehr an Schulen hinausginge. Für den Fall, dass der Prüfauftrag zu einem positiven Ergebnis gelange, solle der Kreistag über die tatsächliche Aufnahme der Bundeswehr in das KSW entscheiden.

Landrat Hendele merkt an, dass auch öffentliche Verwaltungen in das KSW eingebunden seien und verweist auf die Kooperation der Kreisverwaltung mit dem Heinrich-Heine-Gymnasium in Mettmann. Außerdem führt er aus, dass die Kooperationen des KSW auf freiwilliger Basis zwischen zwei Partnern geschlossen würden. Die Praxis habe gezeigt, dass eine Kooperation für beide Partner einen erheblichen Arbeitsaufwand bedeute. Der Kreistag könne über das Eingehen der Kooperation daher nicht entscheiden, da dies auf rein freiwilliger Basis der beiden Partner erfolge.

KA Schulte bewertet den Antrag ebenfalls skeptisch, da er bei einer Aufnahme der Bundeswehr in das KSW nicht die richtige Zweck-Mittel-Relation sehe. Ziel des KSW sei es, auf örtlicher Ebene den richtigen Auszubildenden auf den richtigen Ausbildungsplatz zu vermitteln. Die Bundeswehr bilde jedoch nicht vor Ort aus, sodass er eine Integration der Bundeswehr in das KSW als nicht zielführend ansehe.

KA Köster-Flashar schließt sich den Ausführungen von KA Dr. Pannes und KA Schulte an und verweist auf viele Veranstaltungen, an denen die Bundeswehr sich bereits präsentiere. Außerdem erinnert sie an die Neutralitätspflicht der Schulen. Sollte der Kreistag dem Prüfauftrag zustimmen, bittet sie darum, dies im Rahmen einer Vorlage in den entsprechenden Fachausschüssen zu beraten.

KA Kuchler knüpft an die Neutralitätspflicht der Schulen an und verweist darauf, dass sich auch Auszubildende in zivilen Berufen bei der Bundeswehr verpflichten müssen und so ggf. auch in Krisengebiete entsandt würden.

KA Hagling erinnert daran, dass es sich lediglich um einen Prüfauftrag handele und bittet darum, vor weiteren Diskussionen zunächst das Prüfergebnis abzuwarten.

KA K. Müller steht dem Inhalt des Antrages ebenfalls kritisch gegenüber, kündigt jedoch an, diesem zuzustimmen, da es sich zunächst nur um einen Prüfauftrag handele.

KA Garcia Rodriguez kündigt ihre Gegenstimme an, da bei der Aufnahme der Bundeswehr in das KSW auch Minderjährige in Kontakt mit der Werbung der Bundeswehr kommen würden.

KA Völker bedauert das schlechte Stimmungsbild der anderen Fraktionen und der Gruppe gegenüber der Bundeswehr und erläutert, dass er die Bundeswehr auch als Wirtschaftsfaktor ansehe.

KA K. Müller und KA Kuchler widersprechen den Ausführungen von KA Völker und erläutern noch einmal kurz ihre Positionen.

KA Küppers kündigt ebenfalls an, gegen den Antrag zu stimmen.

KA Ruppert zeigt sich unglücklich über die durch den Antrag entstandene, allgemeine Debatte über die Bundeswehr.

KA Schulte erinnert an das Ziel des KSW und erläutert, dass er hier unterschiedliche Bedarfslagen sehe. Der Bundeswehr mangle es vor allem an Hochschulkräften und nicht an Auszubildenden.

KA Köster-Flashar erläutert, dass sie das Thema gerne in den entsprechenden Fachausschüssen beraten möchte und sich nicht ohne Beteiligung der Fachleute in die inneren Schulangelegenheiten einmischen wolle. Sie beantragt daraufhin, den Antrag in den Ausschuss für Schule und Sport und den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kultur und Tourismus zu verweisen.

Landrat Hendele hinterfragt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Prüfauftrag in die Fachausschüsse zu verweisen, da er darin keinen Nutzen für den weiteren Verfahrensablauf erkennen könne.

KA Köster-Flashar zieht den Antrag daraufhin zurück.

Es folgt die Abstimmung über folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung möge prüfen, ob die Bundeswehr in das KSW aufgenommen werden kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
14 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
1 Enthaltung der SPD-Fraktion
7 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Nein-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung des Einzelmitglieds AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele